

Handbuch der Vermögensnachfolge

Bürgerlich-rechtliche und steuerliche Gestaltung
der Vermögensnachfolge
von Todes wegen und unter Lebenden

Begründet von

Dr. Günter Esch

Rechtsanwalt und Fachanwalt
für Steuerrecht

Prof. Dr. Dieter Schulze zur Wiesche

Rechtsanwalt und Steuerberater

fortgeführt seit der 5. Auflage von

Dr. Wolfgang Baumann

Notar
Wuppertal

Prof. Dr. Dieter Schulze zur Wiesche

Rechtsanwalt und Steuerberater
Nordkirchen

6. neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme

Baumann, Wolfgang:

Handbuch der Vermögensnachfolge : bürgerlich-rechtliche und steuerliche Gestaltung der Vermögensnachfolge von Todes wegen und unter Lebenden / begr. von Günter Esch und Dieter Schulze zur Wiesche. Fortgef. von Wolfgang Baumann und Dieter Schulze zur Wiesche. – 6., neu bearb. und erw. Aufl. – Berlin : Erich Schmidt, 2001

ISBN 3-503-05960-1

1. Auflage 1976
2. Auflage 1981
3. Auflage 1989
4. Auflage 1992
5. Auflage 1997
6. Auflage 2001

ISBN 3 503 05960 1

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2001
www.erich-schmidt-verlag.de

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der Stempel Garamond, 9/11 Punkt

Satz: multitext, Berlin
Druck: Zach, Berlin

Vorwort zur sechsten Auflage

Der Beratungsbedarf in Fragen der Vermögensnachfolge ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Ein Ende dieser Entwicklung ist noch nicht abzusehen. Nach Schätzungen der Deutschen Ausgleichsbank steht in den nächsten fünf Jahren bei 700.000 mittelständischen Unternehmen der Generationswechsel an der Spitze ins Haus.

Zahlreiche gesetzliche Neuregelungen berühren den Bereich der Vermögensnachfolge; sie führen oftmals zu völlig neuen Ergebnissen und Gestaltungsempfehlungen.

Aus bürgerlich-rechtlicher Sicht sind bei der Unternehmensnachfolge u.a. die grundlegenden Änderungen durch das Handelsrechtsreformgesetz zu berücksichtigen. Im privaten Bereich sind z.B. die Auswirkungen des Erbrechtsgleichstellungsgesetzes und des Minderjährigenhaftungsbegrenzungsgesetzes in die Überlegungen einzubeziehen.

In steuerlicher Sicht ergeben sich aus dem Steuersenkungsgesetz (StSenkG) einschließlich Steuersenkungsergänzungsgesetz in Verbindung mit dem Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 und dem Steuerbereinigungsgesetz 1999 neue Konfliktstoffe, insbesondere bei der Umstrukturierung von Unternehmen, bei der Realteilung und bei der qualifizierten Gesellschafternachfolge. Durch das Ergänzungsgesetz zum StSenkG werden Betriebsübertragungen ab dem Jahr 2001 ertragsteuerlich wieder interessanter. In erbschaftsteuerlicher Sicht haben die kürzlich veröffentlichten Vorschläge der Sachverständigenkommission zur Bewertung des Grundbesitzes zu großer Verunsicherung geführt.

Die Notwendigkeit, die Vielzahl der neuen gesetzlichen Vorgaben unter Berücksichtigung weiterer Reformtendenzen rechtssicher in die Praxis umzusetzen, stellt die beratenden Berufe vor große Herausforderungen.

Die nunmehr 6. Auflage dieses Werkes, die wie bisher in einen getrennten bürgerlich-rechtlichen und einen steuerrechtlichen Teil gegliedert ist, stellt durch Querverweisungen eine ganzheitliche Betrachtung sowohl in zivilrechtlicher als auch steuerrechtlicher Sicht sicher.

Die Neuauflage hat sich zum Ziel gesetzt, den steuer-, rechts- und wirtschaftsberatenden Berufen den Einstieg in die veränderte Rechts- und Steuerlandschaft ab 2001 zu erleichtern. Damit das Werk für die Leser länger nutzbar bleibt, beruht die 6. Auflage – soweit wie möglich – auf der neuen Währung Euro. Berücksichtigt wurde u.a. bereits das Steuer-Euroglättungsgesetz vom 19. 12. 2000. Da in diesem Gesetz die Erhöhung des Freibetrags nach § 16 Abs. 4 EStG ab 1. 1. 2001 auf 100.000,- DM nicht berücksichtigt worden ist, wird hinsichtlich des steuerlichen Teils darauf hingewiesen, daß für die Umrechnung dieses Freibetrags auf Euro zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Auflage noch keine gesetzliche Grundlage bestand.

Wuppertal/Nordkirchen, im Januar 2001

Dr. Wolfgang Baumann

Prof. Dr. Dieter Schulze zur Wiesche

Vorwort zur fünften Auflage

Mit der fünften Auflage dieses Handbuchs findet ein Generationenwechsel statt. Dr. Günter Esch, Mitbegründer und Autor von vier Auflagen, hat aus Altersgründen seine Autorenschaft niedergelegt. Ihm für seine Leistungen zu danken, ist uns ein aufrichtiges Anliegen.

Das Handbuch folgt dem bewährten Prinzip einer möglichst umfassenden Darstellung der rechtlichen Grundlagen der Vermögensnachfolge. Daher wurden im ersten Buch auch die gesellschaftsrechtlichen Darlegungen beibehalten, allerdings – insoweit neu – in ein eigenes Kapitel die Unternehmensnachfolge eingestellt. Vertieft wurden im Gesellschaftsrecht jeweils die Ausführungen zu den Rechtsfolgen beim Tod eines Gesellschafters. Die Änderungen des Aktienrechts, insbesondere durch Einführung der kleinen Aktiengesellschaft, die Neueinführung der EWIV und der Partnerschaft sind ebenso berücksichtigt wie das Nachhaftungsbegrenzungs-gesetz und das neue Umwandlungsgesetz. Im Bereich der vorweggenommenen Erbfolge aber auch im Erbrecht sind die Gestaltungshinweise erheblich erweitert worden, wobei auf Textbausteine oder Gestaltungsmuster auch weiterhin verzichtet wird. Einige Teile des Bürgerlichen Rechts wurden völlig neu geschrieben, andere nur überarbeitet und im Hinblick auf neuere Rechtsprechung aktualisiert. Insgesamt wurde der Umfang der Darstellungen wie auch der weiterführenden Literatur erheblich erweitert.

Seit der Voraufgabe sind sowohl im Hinblick auf die Erbschaftsteuer als auch auf die ertragsteuerliche Behandlung durch Gesetzesänderungen (Jahressteuergesetz 1996 und Ergänzungsgesetz), Urteile und Verwaltungserlasse Änderungen in einem solchem Umfange eingetreten, daß bereits die Voraufgabe durch zwei Einleger aktualisiert werden mußte. Noch wesentlichere Rechtsänderungen hat das Jahressteuergesetz 1997 aufgrund der Auflagen des Bundesverfassungsgerichtes gebracht. Die Vermögensteuer wird nicht mehr erhoben. Für die Erbschaftsteuer wird eine Bedarfsbewertung durchgeführt. Die alten Einheitswerte beim Grundbesitz sind entfallen. An Stelle des Sachwertverfahrens ist das Ertragswertverfahren getreten. Die Grundbesitzwerte liegen etwa bei 50 v.H. des Verkehrswertes, während bei Kapitalvermögen weiterhin die Verkehrswerte zugrunde zu legen sind. Eine große Entlastung hat dagegen das Betriebsvermögen und das sonstige Produktivvermögen erfahren. Neben einer sehr günstigen Bewertung mit den Bilanzansätzen ohne Berücksichtigung eines Firmenwertes sowie einem höheren Bewertungsabschlag beim Grundbesitz wird ein Freibetrag von 500.000 DM, darüber hinaus ein Bewertungsabschlag von 40 v.H. bei Besteuerung stets nach Steuerklasse I gewährt. Eine große Erbschaftsteuerentlastung bedeuten die Freibeträge und die Tarifreform.

Wuppertal/Nordkirchen, im Januar 1997

Dr. Wolfgang Baumann

Prof. Dr. Dieter Schulze zur Wiesche

Vorwort zur ersten Auflage

Fleiß, Tatkraft und Energie der Bundesbürger haben in der Nachkriegszeit Vermögen geschaffen, das durchaus breit gestreut ist. Die geschaffenen Vermögen stellen die Grundlage für die Existenz vieler Bevölkerungsschichten dar. Jedem Vermögensinhaber wird daran liegen, das unter Entbehrungen und mit großem Fleiß geschaffene Vermögen seiner Familie zu erhalten. So ungern der Mensch an seinen Tod denkt, so wichtig ist es, rechtzeitig gerade für diesen Fall Vorsorge walten zu lassen. Erbstreitigkeiten können schneller Vermögen vernichten als Vermögen geschaffen werden kann.

Es gilt indessen nicht nur, möglichen Erbstreitigkeiten vorzubeugen; Vermögensverluste können auch bei geordneter Erbfolge durch deren Abwicklung eintreten, z.B. durch Erbauseinandersetzungen und die damit häufig geschehende Zerschlagung von Vermögenseinheiten. Der Gesichtspunkt der Erhaltung selbständiger Vermögenseinheiten hat ein besonderes Gewicht für wirtschaftliche Unternehmungen.

In zahlreichen Fällen erweist sich bei der Prüfung der Regelung der Vermögensnachfolge als zweckmäßig, schon durch lebzeitige Rechtsgeschäfte eine Vermögensnachfolge von Todes wegen vorzubereiten, nämlich Maßnahmen sog. vorweggenommener Erbfolge vorzunehmen.

Alle bürgerlich-rechtlichen Lösungen haben gleichzeitig erhebliche steuerliche Auswirkungen, und zwar auf den verschiedensten steuerlichen Gebieten, nicht nur auf dem Gebiete der Erbschaftsteuer.

Das vorliegende Handbuch stellt die bürgerlich-rechtlichen Grundlagen, Institute und Mittel der Regelung der Vermögensnachfolge und die steuerrechtlichen Probleme und Folgen systematisch dar. Es ist aus der Praxis erwachsen, stellt die täglichen Erfahrungen langjähriger Berufspraxis in den Dienst der Sache und soll der Praxis dienen. Insofern ist es kein wissenschaftliches Lehrbuch, jedoch beruht es auf dem gegenwärtigen wissenschaftlichen Stand und bemüht es sich, rechtswissenschaftliche Probleme aufzuzeigen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, soweit das nach den Bedürfnissen der Praxis erforderlich erscheint.

Das Buch wendet sich sowohl an Berater als auch an den Vermögensinhaber selbst, der seine Nachfolgeprobleme lösen und sich mit der Materie einigermaßen vertraut machen möchte, bevor er sich an seinen Berater wendet.

Das Werk macht die Beratung im konkreten Fall durch Anwalt, Notar oder Angehörige der wirtschafts- und steuerberatenden Berufe nicht entbehrlich. Die Vielfalt der möglichen Fälle läßt vor allem bei größeren Vermögen und komplizierten Familienverhältnissen schematische Lösungen nicht zu. Die Verfasser hoffen dessen ungeachtet, gerade auch durch die systematische Zusammenstellung der bürgerlich-rechtlichen wie steuerrechtlichen Grundlagen sowie der erb- und vermö-

gensrechtlichen Lösungsinstrumente eine fühlbare Hilfe für jeden zu geben, der sich mit Fragen der Vermögensnachfolge befaßt und zu befassen hat. Dabei ist der neueste Rechtszustand sowohl der Gesetzgebung als auch der Rechtsprechung zugrunde gelegt. Die Reformgesetze, nicht zuletzt auf dem Gebiet des Steuerrechts sind berücksichtigt. Auch mit dieser Aktualität des Werkes glauben die Verfasser Vermögensinhabern wie Beratern einen fühlbaren Dienst zu erweisen.

Die Verfasser sind für das Werk wie folgt verantwortlich: Rechtsanwalt Dr. Esch für das Erste Buch, Oberregierungsrat Dr. Schulze zur Wiesche für das Zweite Buch.

München, im November 1975

Dr. Günter Esch

Dr. Dieter Schulze zur Wiesche

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zur sechsten Auflage	5
Vorwort zur fünften Auflage	6
Vorwort zur ersten Auflage	7
Abkürzungsverzeichnis	57

ERSTES BUCH

Bürgerlich-rechtliche Grundlagen einer Vermögensnachfolge

1. Kapitel: Einführung

2. Kapitel: Vermögensnachfolge von Todes wegen

1. Abschnitt: Der gesetzliche Gestaltungsrahmen	65
I. Grundbegriffe des deutschen Erbrechts.	65
1. Gesamtrechtsnachfolge („Universalsukzession“)	65
2. Erbschaft, Nachlaß.	66
a) Zugehörigkeit zum Nachlaß	66
b) Ausnahmen	66
3. Erbe	66
4. Vermächtnis, Vermächtnisnehmer	66
5. Erbanfallprinzip, Vonselbsterwerb.	67
6. Ausschlagung	67
7. Anspruch des Erben.	68
8. Verwandten- und Ehegattenerbfolge	69
9. Testierfreiheit	69
10. Pflichtteilsrecht.	69
11. Erbengemeinschaft	70
a) Mehrere Erben	70
b) Erbanteil	70
c) Auseinandersetzung	70
12. Erbenhaftung	71
II. Übergangsregeln für die ehemals neuen Bundesländer	72
1. Grundsätzliche Geltung des Bürgerliches Gesetzbuchs.	72
2. Familienrechtliche Vorschriften	73
3. Interlokales Privatrecht	73
III. Auslandsberührung	73
1. Grundsätzliches	73

2. Deutsches Kollisionsrecht	75
3. Rechtswahl	75
4. Wechsel der Staatsangehörigkeit	76
IV. Erbschein, Testamentsvollstreckerzeugnis	76
1. Erbschein	76
2. Testamentsvollstreckerzeugnis	77
V. Gesetzliche Erbfolge	78
1. Allgemeines	78
2. Verwandtenerbfolge	78
a) Allgemeines	78
b) Verwandtschaft	78
aa) Eheliche Abkömmlinge	78
bb) Nichteeliche Abkömmlinge	79
cc) Adoptierte Abkömmlinge	81
3. Gesetzliches Erbenordnungssystem	82
a) Ordnungen	82
aa) Parentelsystem	82
bb) Erste Ordnung	82
cc) Weitere Ordnungen	82
dd) Rangfolge der Ordnungen	82
b) Einfluß von Gradual- und Repräsentationssystem	83
4. Ausgleichung unter Abkömmlingen	84
a) Ausgleichungspflicht	84
b) Ausgleichungspflichtige Gegenstände	84
aa) Ausstattungen, Zuschüsse	84
bb) Andere Zuwendungen	85
cc) Besondere Mitarbeit oder Pflege Tätigkeit eines Abkömmlings	85
c) Durchführung der Ausgleichung	85
5. Ehegattenerbrecht	86
a) Gesetzliches Erbrecht	86
aa) Allgemeines	86
bb) Neben Abkömmlingen des Erblassers	86
cc) Neben Erben zweiter Ordnung	86
dd) Neben Großeltern des Erblassers	86
b) Einfluß der Güterstände	88
aa) Entwicklung des Güterrechts	88
bb) Gesetzlicher Güterstand	88
cc) Gütertrennung	89
dd) DDR-Recht	89

c) Voraus	89
d) Ehegatten im Scheidungsverfahren	90
VI. Das Pflichtteilsrecht	90
1. Allgemeines	90
2. Pflichtteilsberechtigte	91
a) Verwandte	91
b) Ehegatte	91
c) Geschiedener Ehegatte	91
d) Kein Ausschluß des Pflichtteilsanspruchs	92
3. Entstehung des Pflichtteilsanspruchs	92
4. Anspruchsberechtigung	92
a) Ausschluß von der Erbfolge	92
b) Pflichtteilsrestanspruch	93
c) Beschränkungen und Beschwerungen des pflichtteilsberechtigten Erben	93
d) Mit einem Vermächtnis bedachter Pflichtteilsberechtigter ..	94
5. Pflichtteilsquote	94
a) Grundsätzliche Quote	94
b) Besonderheiten bei Zugewinnngemeinschaft	95
6. Pflichtteilsbetragsberechnung	97
a) Nachlaßbestand	97
b) Pflichtteilsberechnung vom Nettonachlaß	97
c) Voraus des Ehegatten	98
d) Bewertung	98
aa) Allgemeines	98
bb) Bewertungsbestimmungen	99
(1) Einzelunternehmen, Personen- gesellschaftsbeteiligung	99
(2) Kapitalgesellschaftsbeteiligungen	102
(3) Landgut	102
7. Pflichtteilsvervollständigung	102
a) Wegfall von Beschränkungen und Beschwerungen	102
b) Zusatzpflichtteil	103
c) Pflichtteilsergänzung	103
8. Auskunftsansprüche	105
a) Auskunftsanspruch des pflichtteilsberechtigten Nichterben	105
b) Auskunftsanspruch des pflichtteilsberechtigten Miterben ..	106
9. Träger der Pflichtteilslast	106
a) Grundsatz	106
b) Erblasserordnung	106

c) Pflichtteilslast des Bevorteilten	107
10. Fälligkeit	107
11. Stundung	107
12. Verjährung	108
2. Abschnitt: Die Gestaltungsmöglichkeiten der gewillkürten Erbfolge .	109
I. Voraussetzungen und Grenzen der Testierfreiheit	109
1. Allgemeines	109
2. Testierfähigkeit	109
3. Persönliche Errichtung	110
4. Schranken der Testierfreiheit	111
a) Typenzwang	111
b) Güterrechtliche Beschränkungen	112
c) Erbrechtliche Schranken	112
d) Schuldrechtliche Schranken	112
e) Allgemeine gesetzliche Schranken	112
f) Beschränkungen bei Verfügungen von Heimbewohnern ..	112
II. Arten letztwilliger Verfügungen	113
1. Testament	113
2. Gemeinschaftliches Ehegattentestament	113
a) Allgemeines	113
b) Doppelt einseitiges Testament	113
c) Ehegattentestament mit gegenseitiger Erbeinsetzung	114
aa) Nur gegenseitige Erbeinsetzung	114
bb) „Berliner Testament“	114
cc) Ehegattentestament ohne wechselbezügliche Verfügungen des Überlebenden	114
dd) Ehegattentestament mit wechselbezüglichen Verfügungen des Überlebenden	115
3. Erbvertrag	115
III. Die Formen letztwilliger Verfügungen	116
1. Formzwecke	116
2. Ordentliche Testamente	116
a) Zwei Grundformen	116
b) Eigenhändiges Testament	117
c) Öffentliches Testament	118
aa) Beurkundungsperson	118
bb) Formen	118
cc) Niederschrift	121
dd) Verschließung, Verwahrung	121
3. Außerordentliche Testamentsformen	122

a) Bürgermeister-Testament	122
b) Drei-Zeugen-Testament	122
c) Seetestament	123
d) Gültigkeitsdauer	123
4. Gemeinschaftliches Ehegattentestament	123
a) Grundsätzliches	123
b) Gemeinschaftliches eigenhändiges Testament	123
c) Gemeinschaftliches öffentliches Testament	124
d) Gemeinschaftliches Nottestament	124
5. Erbvertrag	124
6. Sonderregeln in den neuen Bundesländern	125
IV. Die Wahl der richtigen Form	125
1. Einseitige Testamente	125
a) Vor- und Nachteile der Testamentsformen	125
aa) Eigenhändiges Testament	125
(1) Vorteile	125
(2) Nachteile	125
bb) Notarielle Testamente	126
(1) Vorteile	126
(2) Nachteile	127
b) Abwägung der Testamentsformen	127
2. Gemeinschaftliches Ehegattentestament	128
3. Erbvertrag	128
a) Vorteile	128
b) Nachteile	129
V. Rechtswirkungen letztwilliger Verfügungen	129
1. Allgemeines	129
2. Einseitiges Testament	129
3. Erbvertrag und gemeinschaftliches Ehegattentestament	129
a) Bindungswirkung des Erbvertrages	130
b) Bindungswirkung des gemeinschaftlichen Ehegattentestaments	131
VI. Auslegung letztwilliger Verfügungen	132
1. Allgemeine Auslegungsregeln	132
a) Wirklicher Wille des Erblassers	132
b) Gebot der wohlwollenden Auslegung	133
c) Erbverträge	133
2. Auslegungsregeln für einzelne Fälle	133
a) Bedenkung der gesetzlichen Erben oder der Verwandten ..	134
b) Bedenkung von Kindern und Abkömmlingen des Erblassers	134

c) Bedenkung von Abkömmlingen eines Dritten	134
d) Bedenkung von Gruppen.....	134
e) Zuwendung unter einer Bedingung.....	134
3. Auslegung bei Unwirksamkeit einzelner von mehreren Verfügungen.....	135
4. Umdeutung	135
VII. Unwirksamkeit letztwilliger Verfügungen.....	136
1. Nachträgliche Unwirksamkeit.....	136
a) Grundsätzliches.....	136
b) Gemeinschaftliches Ehegattentestament.....	136
c) Erbvertrag	137
d) Sonstige Unwirksamkeit bei wechselbezüglichen (vertragsmäßigen) Verfügungen	137
2. Nichtigkeit.....	137
a) Nichtigkeit aus allgemeinen rechtlichen Gründen.....	137
aa) Mentalreservation, Scheingeschäft, mangelnde Ernstlichkeit	137
bb) Nichtigkeit wegen Gesetzesverstoßes	138
cc) Nichtigkeit wegen Sittenwidrigkeit	138
b) Formnichtigkeit.....	138
3. Anfechtbarkeit letztwilliger Verfügungen	139
a) Allgemeines	139
b) Anfechtungsberechtigte	139
c) Anfechtungstatbestände	139
aa) Inhalts-, Erklärungsirrtum	140
bb) Irrige Annahme oder Erwartung	140
cc) Übergehen eines Pflichtteilsberechtigten.....	140
dd) Drohung	140
d) Form der Anfechtung.....	141
e) Anfechtungsfrist	141
f) Anfechtungswirkung	141
g) Keine Schadensersatzpflicht des Anfechtenden.....	142
h) Bestätigung eines anfechtbaren Erbvertrags.....	142
VIII. Widerruf, Aufhebung und Rücktritt von letztwilligen Verfügungen	142
1. Einseitiges Testament.....	142
a) Allgemeines	142
b) Widerrufstestament.....	142
c) Widerruf durch spätere Verfügung von Todes wegen.....	142
d) Widerruf durch Vernichtung oder Veränderungshandlungen	143

e) Widerruf durch Rücknahme aus der amtlichen Verwahrung	144
f) Widerruf des Widerrufs	144
2. Widerruf eines gemeinschaftlichen Testaments	144
a) Gemeinsamer Widerruf	144
b) Form	145
3. Aufhebung und Rücktritt beim Erbvertrag	145
a) Allgemeines	145
b) Aufhebung durch Vertrag	146
c) Anfechtung	147
d) Rücktritt	147
aa) Rücktrittsvorbehalt	147
bb) Gesetzliches Rücktrittsrecht	148
cc) Rücktritt durch Testament	148
IX. Erbeinsetzung	148
1. Vollerbeinsetzung	148
a) Bezeichnung des oder der Erben	148
b) Auslegungsregeln bei ungenauer Erbeinsetzung	149
aa) Zuwendung des ganzen Vermögens oder von Vermögensbruchteilen	149
bb) Zuwendung einzelner Gegenstände	149
cc) Nicht erschöpfende Erbeinsetzung	150
dd) Den Nachlaß übersteigende Vergabe	150
ee) Unbestimmte Erbteile	150
ff) Teilweise Einsetzung auf Bruchteile	150
gg) Gemeinschaftlicher Erbteil	150
c) Wegfall eines Erben	150
2. Ersatzerbenbestimmung	151
3. Vor- und Nacherbeinsetzung	152
a) Allgemeines	152
b) Bedeutung der Vor- und Nacherbschaft	152
c) Anordnung einer Vor- und Nacherbschaft	153
d) Auslegungsregeln	154
aa) Allgemeines	154
bb) Nacherbe und Ersatzerbe	154
cc) Fehlende Nacherbenbenennung	154
dd) Fehlende Vorerbenbenennung	154
ee) Fehlende Bestimmung des Eintritts des Nacherbfalls ..	154
ff) Einsetzung einer nicht erzeugten Person	154
gg) Kinderloser Vorerbe	155

e) Vererblichkeit der Nacherbenanwartschaftsrechte	155
f) Wirkung der Vor- und Nacherbschaft	155
aa) Allgemeines	155
bb) Surrogation	156
cc) Kosten- und Lastentragung	156
dd) Rechtsstellung des Vorerben	157
(1) Grundsätzliches	157
(2) Unentgeltliche Verfügungen des Vorerben	157
(3) Weitere Verfügungsbeschränkungen	158
(4) Sicherungspflichten des Vorerben	159
(5) „Befreiung“ des Vorerben	159
(6) Pflicht des Vorerben zur Verwaltung des Nachlasses	160
(7) Beseitigung der Nacherbschaft	160
ee) Rechtsstellung des Nacherben	161
(1) Nacherbenanwartschaft	161
(2) Wirkung des Eintritts der Nacherbfolge	161
g) Gestaltungsempfehlungen	162
h) Gestaltungsmöglichkeiten	164
X. Enterbung	164
XI. Vermächtnis	165
1. Begriff und rechtliche Natur	165
2. Verhältnis zum Pflichtteilsberechtigten	166
3. Die Beteiligten eines Vermächtnisses	166
a) Der Vermächtnisnehmer	166
aa) Allgemeines	166
bb) Offengebliebene Bestimmung des Vermächtnisnehmers	166
cc) Vorausvermächtnis	167
dd) Ersatzvermächtnis	168
ee) Vor- und Nachvermächtnis	168
b) Der Vermächtnisbewerte	168
aa) Beschwerter Erbe	168
bb) Beschwerter Vermächtnisnehmer (Untervermächtnis)	169
4. Gegenstand eines Vermächtnisses	169
a) Allgemeines	169
b) Vermächtnis von Nachlaßgegenständen	169
aa) Stückvermächtnis	169
bb) Gattungsvermächtnis	169
cc) Wahlvermächtnis	169
c) Verschaffungsvermächtnis	170

d) Zweckvermächtnis	171
e) Umfang des Vermächtnisses	171
aa) Zubehör	171
bb) Belastungen	171
f) Sonderfälle	171
aa) Allgemeines	171
bb) Nießbrauchsvermächtnis	172
(1) Allgemeines	172
(2) Umfang des Nießbrauchs	173
(3) Bestellung des Nießbrauchs	173
(4) Mehrere Nießbraucher	173
(5) Verbindung mit Testamentsvollstreckung	174
(6) Erlöschen des Nießbrauchs	174
cc) Wohnungsrechtsvermächtnis	174
dd) Rentenvermächtnis	174
5. Anfall, Annahme und Ausschlagung des Vermächtnisses	175
a) Anfall	175
b) Fälligkeit	176
c) Annahme	176
d) Ausschlagung	176
aa) Form	176
bb) Ausschlagungsgegner	176
cc) Keine Ausschlagungsfrist	176
6. Sicherung der Vermächtniserfüllung	177
7. Gestaltungsempfehlungen	177
XII. Auflage	178
1. Begriff	178
2. Inhalt einer Auflage	178
3. Anzuwendende Vorschriften	178
a) Beschwerung	178
b) Bestimmung des Leistungsempfängers	178
c) Keine zeitliche Begrenzung	178
4. Vollziehungsberechtigter	179
5. Bindungswirkung	179
6. Gestaltungsempfehlung	179
XIII. Testamentsvollstreckung	180
1. Anwendungsbereich der Testamentsvollstreckung	180
2. Aufgaben und rechtliche Stellung des Testamentsvollstreckers	180
a) Testamentsvollstreckeramt	180
b) Aufgaben	181

aa) Allgemeines	181
bb) Abwicklungsvollstreckung	181
cc) Verwaltungsvollstreckung	181
dd) Beschränkungen durch den Erblasser	182
ee) Beschränkungen durch das Nachlaßgericht	182
c) Rechtliche Stellung des Testamentsvollstreckers	182
aa) Allgemeines	182
bb) Rechte des Testamentsvollstreckers	182
(1) Verfügungsrecht	182
(2) Eingehung von Verbindlichkeiten	183
(3) Prozeßführungslegitimation	183
(4) Befreiung vom Selbstkontrahierungsverbot	183
cc) Pflichten des Testamentsvollstreckers	183
(1) Nachlaßverzeichnis	183
(2) Ordnungsmäßige Verwaltung	184
(3) Anwendung von Auftragsrecht	184
(4) Jährliche Rechnungslegung	184
(5) Haftung für Verschulden	184
(6) Freigabe von Nachlaßgegenständen	184
3. Auswahl des Testamentsvollstreckers	185
a) Grundsätzliches	185
b) Qualifikation	185
c) Mehrere Testamentsvollstrecker	185
d) Juristische Personen als Testamentsvollstrecker	186
e) Miterbe als Testamentsvollstrecker	186
4. Ernennung des Testamentsvollstreckers	186
a) Durch Erblasser	186
b) Durch Dritte	187
c) Durch Testamentsvollstrecker	187
d) Unwirksamkeit der Ernennung	188
5. Annahme und Ablehnung des Amtes	188
a) Annahme	188
b) Ablehnung	188
6. Mehrere Testamentsvollstrecker	188
a) Gemeinschaftliche Amtsführung	188
b) Abweichende Anordnungen des Erblassers	189
7. Beendigung des Amtes	189
a) Tod, Wegfall der Ernennungsvoraussetzungen	189
b) Kündigung	190
c) Entlassung	190

8. Vergütung	190
a) Allgemeines	190
b) Höhe der Vergütung	191
aa) Festsetzung der Vergütung durch den Erblasser	191
bb) Gesetzliche Vergütung	191
(1) Allgemeines	191
(2) Vergütungsmaßstäbe	191
(3) Abwicklungs-, Konstitutions, Verwaltungsgebühr	192
(4) Vergütungsgrundsätze des Deutschen Notarvereins	192
(5) Anspruchsberechtigung	196
c) Fälligkeit der Testamentsvollstrecker-Vergütung	196
d) Vorzeitige Beendigung des Testamentsvollstreckeramts	196
e) Berufliche Sondertätigkeit des Testamentsvollstreckers	196
f) Verjährung des Vergütungsanspruchs	197
g) Vergütungsvereinbarung	197
h) Streitentscheidung durch Prozeßgericht	197
i) Steuerliche Fragen	197
9. Testamentsvollstreckung an einem Unternehmen und an Unternehmensbeteiligungen	197
10. Gestaltungsempfehlungen	198
XIV. Pflichtteilsentziehung, -beschränkung	199
1. Allgemeines	199
2. Pflichtteilsentziehung	199
3. Pflichtteilsbeschränkung bei verschwenderischen oder überschuldeten Abkömmlingen	200
XV. Sonstige Anordnungen	201
1. Familienrechtliche Verfügungen	201
a) Testamentarische Benennung eines Vormunds oder Pflegers	201
b) Ausschluß der Vermögensverwaltung	201
2. Beschränkung und Ausschluß der Auseinandersetzung	201
a) Allgemeines	201
b) Auseinandersetzungsverbot	202
c) Beschränkungen des Auseinandersetzungsausschlusses	203
aa) Gegenständliche Beschränkungen	203
bb) Zeitliche Beschränkung	203
cc) Abhängigkeit von Kündigung	203
d) Bindungswirkung	203
3. Teilungsanordnungen	204
a) Allgemeines	204
b) Gründe für Teilungsanordnungen	204

c) Wirkung von Teilungsanordnungen	205
d) Bestimmung durch Dritte	206
4. Übernahmerecht	207
5. Verwirkungsklauseln	207
a) Allgemeines	207
b) Besondere Verwirkungsklauseln	207
c) Allgemeine Verwirkungsklauseln	207
d) Rechtsfolgen	208
e) Gestaltungsempfehlung	208
6. Strafklauseln, Sanktionen	208
7. Wiederverheiratungsklauseln	208
a) Interessenlage	208
b) Inhalt	209
c) Lösungsmöglichkeiten	209
aa) Vorerbschaftslösung	209
bb) Vermächtnis-Lösung	210
d) Gestaltungsempfehlung	210
8. Erbrechtliche Schiedsklauseln	211
XVI. Sondergestaltungen	212
1. Letztwillige Verfügungen zugunsten geistig behinderter Pflichtteilsberechtigter	212
2. Patientenverfügung und Patiententestament	213

3. Kapitel: Die Vermögensnachfolge vorbereitende Gestaltungsmaßnahmen

1. Abschnitt: Generelle Maßnahmen	215
I. Allgemeines	215
II. Trans- und postmortale Vollmachten	215
III. Vorsorgevollmacht	216
IV. Betreuungsverfügung	217
V. Vorbereitende Vermögensbildung	217
1. Sachverhalte, Interessenlagen	217
2. Lösungen	218
2. Abschnitt: Familienrechtliche Maßnahmen	218
I. Allgemeines	218
II. Güterstandsvereinbarungen	219
1. Begriff und Bedeutung des Güterstandes	219
2. Die Güterstände	219
a) Zugewinnngemeinschaft	219
b) Gütertrennung	220

c) Gütergemeinschaft	220
d) DDR-Recht.	221
3. Anwendungsbereich.	221
III. Adoption.	222
1. Grundsätzliches	222
2. Minderjährigen-/Volljährigenadoption	223
3. Rechtliche Wirkungen	223
a) Familienrechtliche Stellung des Adoptierten.	223
aa) Minderjährigenadoption	223
bb) Volljährigenadoption.	223
b) Familiennahme des Adoptierten.	224
c) Erbrechtliche Wirkungen	224
aa) Erbrecht des Adoptierten	224
bb) Erbrecht des Annehmenden	224
d) Erstreckung der Adoptionswirkungen.	225
aa) Abkömmlinge des Adoptierten	225
bb) Verwandte.	225
4. Bedeutung für die Erbfolgegestaltung	225
a) In privatrechtlicher Hinsicht.	225
b) In steuerlicher Hinsicht	225
5. Gesetzliche Voraussetzungen der Adoption	226
a) Adoption durch vormundschaftsgerichtlichen Beschluß. . .	226
b) Antrag des Annehmenden	226
c) Persönliche Erfordernisse des Annehmenden	226
6. Aufhebung des Adoptionsverhältnisses	226
3. Abschnitt: Maßnahmen vorweggenommener Erbfolge	227
I. Allgemeines.	227
1. Begriff	227
2. Gestaltungskriterien der vorweggenommenen Erbfolge	227
a) Motive des Erblassers.	227
b) Motive der Erben	228
c) Risiken.	228
d) Steuerliche Folgen	229
II. Zulässigkeit und Grenzen von Verfügungen unter Lebenden.	230
1. Grundsätzliches	230
2. Erbrechtlicher Schutz gegen beeinträchtigende Verfügungen unter Lebenden.	230
3. Schutz aus Gründen der Sittenwidrigkeit	231
4. Schuldrechtliche Verpflichtung des Erblassers	232

III. Ausstattungen	232
1. Begriff	232
2. Keine Schenkung.	232
3. Gegenstand der Ausstattung	233
4. Korrespondierende Ausgleichungspflicht	233
IV. Unentgeltliche Zuwendungen	233
1. Schenkung	233
a) Bedeutung	233
b) Unentgeltlichkeit.	234
c) Vertretungsbeschränkungen	234
aa) Vertragsschluß des gesetzlichen Vertreters mit sich selbst	234
bb) Pflegerbestellung	235
cc) Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung.	235
d) Rückforderung, Widerruf der Schenkung	235
aa) Rückforderung wegen Bedürftigkeit	235
bb) Widerruf	236
e) Anrechnung.	236
f) Ausgleichung.	237
2. Gemischte Schenkung	237
3. Unterlassener Vermögenserwerb keine Schenkung.	238
4. Pflicht- und Anstandsschenkungen	238
5. Vermeidung von Pflichtteilsergänzungsansprüchen	238
6. Schenkungsversprechen	239
a) Vertrag	239
b) Formbedürftigkeit.	239
c) Schenkungsversprechen unter Lebenden auf den Todesfall .	239
aa) Allgemeines.	239
bb) Vertrag.	240
cc) Überlebensbedingung	240
dd) Unvollzogene Schenkung	240
7. Ehegattenzuwendungen, Ehegatteninnengesellschaften	241
8. Schenkung unter einer Auflage	242
9. Schenkung unter Nießbrauchsvorbehalt	243
10. Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall	243
a) Allgemeines	243
b) Lebensversicherungsverträge.	244
c) Wertpapierdepot.	245
d) Sparbuch	245
e) Bausparvertrag.	246
f) Scheck.	246

11. Erbschaftsvertrag	246
V. Entgeltliche Zuwendungen	246
1. Interessenlagen	246
2. Abfindungen zugunsten Dritter	247
3. Schuldübernahmen	247
4. Versorgungszahlungen	247
a) Leibrente	247
b) Dauernde Last	248
c) Dingliche Absicherung	248
5. Tatsächliche Versorgungsleistungen	248
4. Abschnitt: Vorbereitende erbrechtliche Maßnahmen außerhalb	
letztwilliger Verfügungen	249
I. Ausgleichsanordnung	249
II. Anrechnungsanordnung	249
III. Erbverzicht, Pflichtteilsverzicht	250
1. Allgemeines	250
2. Gestaltungsmöglichkeiten	250
a) Verzicht auf gesetzliches Erbrecht	250
b) Verzicht auf Bruchteil der gesetzlichen Erbquote	250
c) Erbverzicht zugunsten eines anderen	250
d) Zuwendungsverzicht	251
e) Pflichtteilsverzicht	251
aa) Allgemeiner Pflichtteilsverzicht	251
bb) Beschränkter Pflichtteilsverzicht	252
(1) Teilweiser Pflichtteilsverzicht	252
(2) Gegenständlich beschränkter Pflichtteilsverzicht ..	252
3. Form	253
a) Notarielle Beurkundung	253
b) Persönlicher Abschluß durch den Erblasser	253
c) Vertretung des Verzichtenden	253
4. Rechtliche Wirkungen	254
a) Verzicht auf gesetzliches Erbrecht	254
b) Verzicht auf Erbersatzanspruch	254
c) Erbverzicht zugunsten eines anderen	254
d) Zuwendungsverzicht	255
e) Pflichtteilsverzicht	256
5. Abfindungsvereinbarungen	256
a) Abstrakte Natur des Verzichts	256
b) Abhängigkeit von einer Gegenleistung	256
aa) Allgemeines	256

bb) Bedingter Verzicht	256
cc) Nichtigkeit bei einheitlicher Beurkundung	257
dd) Rückforderung wegen ungerechtfertigter Bereicherung	257
ee) Gestaltungshinweis	257
6. Gestaltungsempfehlungen	257
a) Pflichtteilsverzicht	257
b) Erbverzicht	258
c) Vorteile des Pflichtteilsverzichts gegenüber Erbverzicht	259
 4. Kapitel: Unternehmensnachfolge	
1. Abschnitt: Einführung	261
I. Unternehmensnachfolge als Sonderfall der Vermögensnachfolge	261
II. Ziele der Unternehmensnachfolge	262
1. Erhaltung des Unternehmensvermögens durch Rechtsformwahl	262
2. Unternehmensnachfolge	263
3. Versorgungsnotwendigkeiten	263
4. Steuerliche Gesichtspunkte	264
2. Abschnitt: Einzelunternehmen	264
I. Kaufmännisches Einzelunternehmen	264
1. Haftung der Vermögensnachfolger	264
a) Allgemeines	264
b) Beschränkung der Minderjährigenhaftung	265
2. Mehrere Erben	266
II. Nichtkaufmännisches Unternehmen	267
3. Abschnitt: Grundsätzliches zu den Gesellschaftsformen	267
I. Allgemeines	267
II. Personengesellschaften	268
1. Allgemeines	268
2. Außengesellschaften	268
3. Innengesellschaften	269
a) Allgemeines	269
b) Ehegatteninnengesellschaften	270
III. Kapitalgesellschaften	270
IV. Vor- und Nachteile der Gesellschaftsformen	271
1. Personengesellschaften	271
a) Vorteile der Personengesellschaften	271
aa) Einfache Errichtung	271
bb) Dispositionsfreiheit	271
cc) Personale Bindung	271
b) Nachteile der Personengesellschaften	272

aa) Selbstorganschaft	272
bb) Persönliche Haftung	272
2. Kapitalgesellschaften	273
a) Vorteile der Kapitalgesellschaften	273
aa) Haftungsbeschränkung der Gesellschafter	273
bb) Fremdorganschaft	273
cc) Kapitalistische Struktur	273
b) Nachteile der Kapitalgesellschaften	273
aa) Errichtungsaufwand	273
bb) Publizitätspflichten	273
cc) Beschränkte Mitgliedschaftsrechte	275
dd) Betriebliche Mitbestimmung	275
V. Formvorschriften für die Gesellschaftsverträge	276
1. Personengesellschaften	276
a) Formfreiheit	276
b) Streitige Formpflicht bei schenkweiser Aufnahme eines Gesellschafters	276
c) Formpflicht bei Grundstückseinbringung	276
d) Formpflicht bei Einbringung eines GmbH-Geschäftsanteils	277
e) Einbringung des gegenwärtigen Vermögens	277
2. Kapitalgesellschaften	277
a) GmbH	277
b) Aktiengesellschaft, KGaA	278
4. Abschnitt: Die Gesellschaftsformen im einzelnen	278
I. Personengesellschaften	278
1. Die (Außen-)Gesellschaft bürgerlichen Rechts	278
a) Grundsätzliches	278
b) Anwendungsbereiche	278
aa) Kleingewerbe	278
bb) Grundstücksgesellschaften	278
cc) Freiberufliche Verbindungen	279
dd) Land- und Forstwirte	279
ee) Kapitalgesellschaftsbeteiligungen	279
c) Vertragsfreiheit	280
d) Keine Firma	280
e) Geschäftsführung und Vertretung	280
f) Haftung der Gesellschafter	281
g) Gesellschafterwechsel	281
h) Kündigung	282
i) Tod eines Gesellschafters	282

aa)	Allgemeines	282
bb)	Gesetzliche Folgen des Todes eines Gesellschafters	282
cc)	Gesellschaftsvertraglich geregelte Folgen des Todes eines Gesellschafters	283
(1)	Allgemeines	283
(2)	Fortsetzungsklausel unter Ausschluß der Erben ohne Abfindung	284
(3)	Fortsetzungsklausel unter Ausschluß der Erben mit Abfindung	285
(4)	Gesellschaftsvertragliche Nachfolgeklauseln	285
j)	Ausscheiden eines Gesellschafters	285
k)	Abfindung der Erben	286
l)	Abfindung eines ausscheidenden Gesellschafters	286
2.	Offene Handelsgesellschaft	286
a)	Begriff, Gegenstand	286
b)	Anwendungsbereich	287
c)	Gesellschafter	287
d)	Firma	288
e)	Wettbewerbsverbot	288
f)	Geschäftsführung	289
g)	Vertretung	289
h)	Gesellschafterbeschlüsse	289
i)	Buchführung und Jahresabschluß	290
j)	Errichtung und Feststellung des Jahresabschlusses	292
k)	Verteilung von Gewinn und Verlust, Entnahmen	293
l)	Dauer der Gesellschaft, Kündigung	294
m)	Rechtsfolgen von Kündigung oder Insolvenz eines Gesellschafters	295
n)	Gesetzliche Rechtsfolgen beim Tod eines Gesellschafters . .	295
aa)	Bis zum 30.6.1998 geltende Rechtslage	295
bb)	Übergangsregelung bis zum 31.12.2001	296
cc)	Seit dem 1.7.1998 geltende Rechtslage	296
o)	Gesellschaftsvertraglich vereinbarte Rechtsfolgen beim Tod eines Gesellschafters	296
aa)	Auflösungsklausel	296
bb)	Allgemeines zu Nachfolgeklauseln	297
cc)	Einfache Nachfolgeklauseln	298
dd)	Qualifizierte Nachfolgeklauseln	299
ee)	Eintrittsklausel	300
ff)	Rechtsgeschäftliche Nachfolgeklauseln	300
gg)	Verhältnis zwischen Gesellschaftsrecht und Erbrecht . .	301

p)	Abfindung ausscheidender Gesellschafter	302
aa)	Gesetzliche Regelung	302
bb)	Gesellschaftsvertragliche Regelungen	302
(1)	Allgemeines	302
(2)	Schwebende Geschäfte	302
(3)	Ausschluß der Abfindung	302
(4)	Höhe einer vereinbarten Abfindung	303
(5)	Fälligkeit	305
(6)	Verfallklausel	305
(7)	Sicherheitsleistung	305
q)	Weitere Regelungen	305
3.	Kommanditgesellschaft	306
a)	Allgemeines	306
b)	Anwendungsbereich	306
c)	Kommanditeinlage, Haftsumme, Haftung der Kommanditisten	306
d)	Firma	309
e)	Geschäftsführung und Vertretung	309
f)	Gesellschafterbeschlüsse	310
g)	Informations- und Kontrollrechte der Kommanditisten ...	311
h)	Ergebnisverteilung	312
i)	Entnahmerechte	312
j)	Kein Wettbewerbsverbot für Kommanditisten	313
k)	Tod eines Kommanditisten	314
aa)	Tod eines persönlich haftenden Gesellschafters (Komplementärs)	314
bb)	Tod eines Kommanditisten	314
l)	Gesellschaftsdauer, Kündigung, Abfindung ausscheidender Gesellschafter	315
4.	Sonderfall GmbH & Co. KG	316
a)	Allgemeines	316
b)	Anwendungsbereich	316
c)	Gesellschaftsverträge	317
d)	Gesellschafterbeteiligung	319
aa)	Grundform	319
bb)	Einheitsgesellschaft	320
e)	Firma	321
f)	Wettbewerbsverbot	321
g)	Geschäftsführung und Vertretung	322
h)	Verteilung von Gewinn und Verlust, Entnahmen	322

i) Publizitätspflichten.....	323
j) Informationsrechte der Kommanditisten.....	323
5. Stiftung & Co. KG.....	323
6. Stille Gesellschaft.....	324
a) Begriff.....	324
b) Typische und atypische Stille Gesellschaft.....	325
c) Gesellschafter.....	326
d) Anwendungsbereich.....	326
e) Vertragsschluß.....	327
f) Geschäftsführung, Vertretung, Kontrollrechte.....	328
g) Wettbewerbsverbot.....	328
h) Verteilung von Gewinn und Verlust, Entnahmen.....	328
i) Gesellschaftsdauer, Auflösungsgründe.....	329
j) Tod eines Gesellschafters.....	329
k) Insolvenz des Geschäftsinhabers.....	330
l) Auseinandersetzung, Abfindung.....	330
7. GmbH & Still.....	331
8. Unterbeteiligung.....	331
a) Allgemeines.....	331
b) Typische und atypische Unterbeteiligung.....	333
c) Anwendungsbereich.....	334
d) Gesellschafter, Vertragsschluß.....	335
9. Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)...	336
10. Partnerschaft.....	337
a) Allgemeines.....	337
b) Errichtung einer Partnerschaft.....	337
c) Name der Partnerschaft.....	337
d) Geschäftsführung, Vertretung.....	338
e) Kapital, Haftung.....	338
f) Tod eines Partners.....	338
II. Kapitalgesellschaften.....	339
1. Gesellschaft mit beschränkter Haftung.....	339
a) Allgemeines.....	339
b) Anwendungsbereich.....	339
c) Errichtung, Entstehung der GmbH.....	340
d) Gründer.....	340
e) Vorgründungsgesellschaft, Vorgesellschaft.....	341
f) Vertragsinhalt.....	342
aa) Firma.....	342
bb) Sitz.....	342

cc) Gegenstand des Unternehmens	342
dd) Stammkapital	343
ee) Stammeinlagen, Geschäftsanteile	343
(1) Allgemeines	343
(2) Geldeinlagen	344
(3) Sacheinlagen	344
(4) Verdeckte Sacheinlagen	344
(5) Mischeinlage	346
g) Übertragbarkeit und Vererblichkeit der Geschäftsanteile ..	346
aa) Allgemeines	346
bb) Übertragbarkeit	346
h) Nießbrauchsbestellung an Geschäftsanteilen zur vorweg- genommenen Erbfolge	349
i) Vererblichkeit von Geschäftsanteilen	349
aa) Freie Vererblichkeit	349
bb) Erbauseinandersetzung	350
cc) Vorbeilenkung am Nachlaß	351
dd) Gesellschaftsvertragliche Lenkung	351
ee) Mehrere Erben	352
ff) Testamentvollstreckung	352
j) Organe	352
aa) Geschäftsführung	352
bb) Gesellschafterversammlung	355
cc) Gesellschafterausschuß	356
dd) Aufsichtsrat, Beirat	356
k) Jahresabschluß	357
l) Ergebnisverwendung	357
m) Haftungsfragen	357
aa) Bedeutung für Vermögensnachfolger	357
bb) Gesellschafterhaftung	358
(1) Stammeinlagen	358
(2) Kapitalersetzende Darlehen	358
(3) Erweiterte Haftung im qualifiziert faktischen Konzern	359
cc) Geschäftsführerhaftung	360
(1) Haftung gegenüber der Gesellschaft	360
(2) Haftung gegenüber Dritten	361
(3) Verjährung	361
n) Gesellschafterrechte	362

o) Änderungen des Gesellschaftsvertrags, insbesondere Kapitalerhöhung	362
p) Ausscheiden, Kündigung, Ausschluß aus der GmbH	362
q) Auflösung der GmbH	364
2. Aktiengesellschaft	365
a) Allgemeines	365
b) Anwendungsbereich	366
c) Errichtung, Entstehung der AG	366
d) Nachgründung	367
e) Aktien	367
f) Gesellschaftsorgane	368
aa) Vorstand	368
bb) Aufsichtsrat	368
(1) Zusammensetzung	368
(2) Mitbestimmung	368
(3) Hauptversammlung	369
g) Rechnungslegung	369
h) Haftungsfragen	369
i) Vererblichkeit der Aktien	370
3. Kommanditgesellschaft auf Aktien	370
a) Begriff	370
b) Anwendungsbereich	371
c) Anzuwendende Vorschriften	371
d) Tod eines Gesellschafters	371
4. Stiftung	371
a) Allgemeines	371
b) Arten der rechtsfähigen Stiftung des Privatrechts	372
aa) Familienstiftung	372
bb) Gemeinnützige Stiftung	372
c) Rechtsfähige Stiftung	372
aa) Entstehung	372
bb) Stiftungsgeschäft	373
cc) Stiftungsvermögen	373
dd) Anzuwendendes Recht	373
ee) Stiftungsverfassung	373
d) Anwendungsbereich	374
e) Unselbständige Stiftung	375

5. Abschnitt: Unternehmensnachfolgeregelungen in Verfügungen von Todes wegen	375
I. Vor- und Nacherbschaft bei Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen.	375
1. Unternehmer- und Gesellschafterstellung	375
2. Verfügungsbeschränkungen des Vorerben	376
3. Gestaltungsempfehlung	377
II. Vermächtnisse zur Unternehmensnachfolge	377
1. Drittbestimmung des Unternehmensnachfolgers	377
a) Problematik.	377
b) Lösung.	378
2. Vermächtnis einer Unterbeteiligung	378
a) Allgemeines.	378
b) Gestaltung.	378
III. Auflagen zur Unternehmensfortführung oder -umgründung	379
1. Auflagen zur Fortführung eines Unternehmens	379
2. Auflagen zur Umgründung eines Unternehmens	379
IV. Testamentsvollstreckung an einem Unternehmen und an Unternehmensbeteiligungen	380
1. Testamentsvollstreckung an einem gewerblichen Unternehmen	380
a) Allgemeines.	380
b) Treuhänderische Unternehmensführung im eigenen Namen	381
c) Unternehmensfortführung als Bevollmächtigter der Erben.	381
d) Umgründung	382
2. Testamentsvollstreckung an Personengesellschaftsanteilen	382
a) Zulässigkeit	382
b) Testamentsvollstreckung an Beteiligung eines unbeschränkt haftenden Gesellschafters	383
aa) Grundsätzliches	383
bb) Gestaltungsmöglichkeiten	384
(1) Testamentsvollstreckung	384
(2) Treuhandlösung	384
(3) Vollmachtlösung	385
(4) Weisungsgeberlösung	386
cc) Änderung der Rechtsform	386
c) Testamentsvollstreckung an Kommanditbeteiligung	386
d) Stille Gesellschaft	387
3. Testamentsvollstreckung an Kapitalgesellschaftsbeteiligungen.	387

6. Abschnitt: Unternehmensnachfolge durch Regelungen unter Lebenden	388
I. Vorbereitende Maßnahmen	388
1. Gütertrennung	388
2. Errichtung einer „Ein-Mann-Gesellschaft“	389
a) Problematik	389
b) Kapitalgesellschaft	390
c) „Ein-Mann-GmbH & Co. KG“	390
3. Betriebsaufspaltung	391
a) Definition	391
b) Formen	391
aa) „Echte“ Betriebsaufspaltung	391
bb) „Unechte“ Betriebsaufspaltung	391
c) Anwendungsbereich, Interessenlage	392
aa) Vor- und Nachteile	392
(1) Haftungsbeschränkung	392
(2) Sicherung von Einkünften	392
(3) Fremdorganschaft	393
(4) Steuern	393
(5) Verträge	393
bb) Betriebsaufspaltung zur Vorbereitung der Erbfolge	393
d) Vertragsgestaltung	394
aa) Gesellschaftsverträge	394
bb) Pachtvertrag	394
e) Betriebsverfassungsrecht, Mitbestimmung	394
4. Organschaft	395
a) Begriff – handelsrechtlich	395
b) Anwendungsbereich	396
aa) Gewinnabführung bei Arbeitsteilung	396
bb) Vorbereitende Erbfolge	396
II. Lebzeitige Einräumung einer Unternehmensbeteiligung	397
1. Allgemeines	397
2. Schenkung einer Unternehmensbeteiligung	397
a) Schenkung oder Ausstattung	397
aa) Allgemeines	397
bb) Offene Handelsgesellschaft und Gesellschaft bürgerlichen Rechts	398
cc) Kommanditgesellschaft, stille Gesellschaft, Unterbeteiligung	399
dd) Ausstattung	399

b) Einzuhaltende Form.	400
aa) Innengesellschaft	400
bb) Außengesellschaft	401
c) Hinweis Schenkung- und Ertragsteuer	401
7. Abschnitt: Sonderlösungen im Rahmen der Unternehmensnachfolge	402
I. Nießbrauch an Unternehmen	402
1. Allgemeines.	402
2. Nießbrauch an Einzelunternehmen	402
a) Allgemeines.	402
b) Vollrechtsnießbrauch.	403
c) Ertragsnießbrauch	403
3. Nießbrauch an einer Personengesellschaftsbeteiligung	403
a) Zulässigkeit.	403
b) Vollrechtsnießbrauch.	405
c) Ertragsnießbrauch	406
d) Zwischenlösungen	407
e) Vermögensrechtliche Wirkungen	407
aa) Problematik der Gewinnrücklagen und stillen Reserven	407
bb) Vollrechtsnießbrauch.	407
cc) Ertragsnießbrauch	409
f) Gestaltungsempfehlung.	409
4. Nießbrauch an einer Kapitalgesellschaftsbeteiligung	410
a) Zulässigkeit.	410
b) Mitgliedschaftsrechte	410
c) Vermögensrechtliche Wirkungen	411
d) Gestaltungshinweis	412
II. Versorgungsrenten.	412
1. Allgemeines.	412
2. Personengesellschaften.	412
3. Kapitalgesellschaften	413
4. Wertsicherung.	413
III. Gestaltung der Unternehmensnachfolge durch Umwandlung	414
1. Allgemeines.	414
2. Grundlagen der Unternehmensumwandlung	415
3. Verschmelzung.	416
a) Allgemeines.	416
b) Verschmelzungsarten.	416
c) Verschmelzungsfähige Rechtsträger.	417
d) Zustimmungserfordernis.	418
e) Personenidentität	418

f) Rechtsfolge	418
g) Anwendungsbereich für die Vermögensnachfolge	418
4. Spaltung	419
a) Allgemeines	419
b) Anwendungsbereich für die Vermögensnachfolge	419
c) Spaltungsformen	420
aa) Aufspaltung	420
bb) Abspaltung	420
cc) Ausgliederung	420
dd) Kombination der Spaltungsformen	421
d) Spaltungsfähige Rechtsträger, Vermögen, Haftung	421
e) Spaltungsvertrag, Spaltungsplan	422
f) Spaltungsbericht	423
g) Spaltungsprüfung	424
h) Zustimmungsbeschlüsse	424
i) Registeranmeldung	425
j) Wirksamwerden der Spaltung	425
5. Formwechsel	425
a) Allgemeines	425
b) Möglichkeiten des Formwechsels	426
c) Umwandlungsbericht	426
d) Umwandlungsbeschluß	427
aa) Allgemeines	427
bb) Zustimmungserfordernis	427
cc) Inhalt	427
e) Gründungsvorschriften des neuen Rechtsträgers	428
f) Registeranmeldung	428

ZWEITES BUCH

Die Steuerfolgen der Erbfolgegestaltung

1. Kapitel: Die Steuerfolgen im Erbfall

1. Abschnitt: Erbschaftsteuer	433
I. Allgemeiner Überblick	433
1. Gegenstand der Erbschaftsteuer und ihre Einordnung in das Gesamtsteuersystem	433
2. Grundsatz der Maßgeblichkeit des bürgerlichen Rechts	434
3. Die Gesamtrechtsnachfolge	436
II. Güterrechtliche Vereinbarungen	437
1. Die Vereinbarung einer allgemeinen Gütergemeinschaft	437

2. Schenkungen zwischen Ehepartnern innerhalb einer bestehenden Ehe.....	438
3. Die güterrechtliche Auseinandersetzung bei Auflösung der Ehe durch Scheidung.....	440
4. Die güterrechtliche Auseinandersetzung beim Tode eines Ehegatten.....	440
5. Vereinbarungen über die Berechnung des fiktiven Zugewinnausgleichs.....	441
6. Unzulässige rückwirkende Vereinbarung.....	442
7. Der Verzicht auf Zugewinnausgleich.....	442
8. Die fortgesetzte Gütergemeinschaft.....	442
III. Erwerb von Todes wegen.....	442
1. Der Erbanfall.....	443
2. Das Vermächtnis.....	446
3. Der Pflichtteilsanspruch.....	448
4. Schenkung auf den Todesfall.....	448
5. Erwerbe gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 ErbStG.....	449
6. Erwerb von Todes wegen.....	449
7. Anordnung einer Stiftung.....	450
8. Zuwendung aufgrund einer Auflage.....	451
9. Erwerbe, die von einer staatlichen Genehmigung abhängig sind.....	451
10. Abfindung für Erbverzicht.....	451
11. Entgelte für die Übertragung von Anwartschaften.....	451
12. Abfindung für ein aufschiebend bedingtes, betagtes oder befristetes Vermächtnis.....	452
13. Erwerb eines Vertragserben.....	452
IV. Vor- und Nacherbschaft.....	453
1. Die Vorerbschaft.....	453
2. Die Nacherbschaft.....	453
3. Zusammentreffen von Erbfall und Nacherbschaft.....	454
4. Berliner Testament.....	455
V. Stiftung und Zweckzuwendung.....	455
1. Stiftung.....	455
a) Übergang von Vermögen auf eine vom Erblasser angeordnete Stiftung.....	455
b) Vermögensübertragungen auf einen Trust.....	456
c) Stiftung unter Lebenden.....	457
d) Stiftungszweck.....	457
2. Die Zweckzuwendung.....	457
3. Die Erbersatzsteuer der Stiftung.....	458

4. Erhebung der Erbersatzsteuer	461
VI. Das Nießbrauchsvermächtnis	461
1. Allgemeines	461
2. Die Zuwendung des Nießbrauchs	462
3. Die Behandlung der Nießbrauchslast	462
VII. Die persönliche Steuerpflicht	463
1. Die unbeschränkte Steuerpflicht	463
2. Bedeutung der Doppelbesteuerungsabkommen	464
3. Die beschränkte Steuerpflicht	464
4. Das Erbschaftsteuerabkommen mit der Schweiz	465
a) Grundsätze	465
b) Zusätzliches Besteuerungsrecht in Wohnsitzfällen	465
c) Zusätzliches Besteuerungsrecht der Bundesrepublik Deutschland in Wegzugsfällen	466
d) Zuteilung der Besteuerungsrechte	466
aa) Unbewegliches Vermögen	466
bb) Betriebsvermögen	466
cc) Sonstiges Vermögen	467
dd) Schuldenabzug	467
e) Die Vermeidung der Doppelbesteuerung	467
5. Einfluß des Außensteuergesetzes auf die Besteuerung des Erbfallles	468
6. Anrechnung ausländischer Steuern	468
VIII. Die Entstehung der Steuerschuld	468
1. Die Entstehung der Steuerschuld bei Erwerben von Todes wegen	469
a) Erwerb durch Erbfall	469
b) Erwerb unter einer aufschiebenden Bedingung	469
c) Erwerb des Pflichtteils	469
d) Erwerb durch Stiftung	469
e) Erwerb infolge Auflage	469
f) Genehmigungspflichtige Erwerbe	470
g) Abfindungen für Erbverzicht	470
h) Veräußerung von Anwartschaftsrechten	470
i) Erwerb im Nacherbfall	470
j) Abfindungsvereinbarungen bei Vermächtnissen	470
2. Die Schenkung unter Lebenden	470
3. Zweckzuwendungen	471
IX. Die Wertermittlung	471
1. Die Grundsätze für die Wertermittlung	471

a)	Die Bereicherung als Bemessungsmaßstab.	472
b)	Zeitpunkt für die Wertermittlung.	472
c)	Anzuwendende Bewertungsvorschriften.	473
2.	Einzelfälle.	474
a)	Allgemeines.	474
b)	Bewertung des Grundbesitzes.	474
aa)	Unbebaute Grundstücke.	474
bb)	Bebaute Grundstücke.	475
cc)	Betriebsgrundstücke.	476
c)	Land- und forstwirtschaftliches Vermögen.	477
aa)	Begriff.	477
bb)	Umfang des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens.	477
cc)	Wertermittlung.	478
d)	Das Betriebsvermögen (gewerbliches).	479
aa)	Bewertungsgrundsätze.	479
bb)	Ansatz dem Grunde nach.	479
(1)	Betriebsgrundstück.	479
(2)	Erbbauzinsansprüche.	480
(3)	Ausgleichsposten im Falle der Organschaft.	480
(4)	Sonderposten aus der DM-Eröffnungsbilanz.	480
(5)	Rücklagen.	481
(6)	Abzug bei einer beherrschenden Kapitalgesellschaft.	481
(7)	Erbbauzinsverpflichtung.	481
cc)	Übernahme der Steuerbilanzwerte der Hohe nach.	481
e)	Anteile an einer Personengesellschaft.	482
f)	Bewertung von Kapitalanteilen.	484
g)	Sonstige Vermögensrechte.	490
aa)	Sonstige Kapitalforderungen.	490
bb)	Renten und sonstige wiederkehrende Leistungen und Nutzungen.	491
cc)	Der Nießbrauch.	492
3.	Nachlaßverbindlichkeiten.	495
a)	Verbindlichkeiten des Erblassers.	495
b)	Erbanfallsverbindlichkeiten.	496
c)	Verbindlichkeiten des Erben.	498
4.	Steuerbefreiung.	498
5.	Ansatz von Betriebsvermögen von Betrieben der Land- und Forstwirtschaft und Anteilen von Kapitalgesellschaften.	500
a)	Vorbemerkung.	500
b)	Freibetrag von Euro 256.000,-.	500

c) Bewertungsabschlag	500
d) Erwerb von Todes wegen	501
e) Freibetrag bei mehreren Anspruchsberechtigten	501
f) Begünstigtes Vermögen	502
g) Verwirkung des Freibetrages und des verminderten Wertansatzes	502
h) Option zum Verzicht der Entlastungen nach § 13a ErbStG	504
X. Berechnung der Steuer	505
1. Berücksichtigung früherer Erwerbe	505
2. Steuerklassen	506
a) Allgemeines	506
b) Sonderregelung für die Stiftung	506
c) Berliner Testament	507
3. Persönlicher Freibetrag	507
4. Der besondere Versorgungsfreibetrag	508
5. Tarif	508
6. Tarfbegrenzung bei Erwerb von Betriebsvermögen	509
XI. Steuerfestsetzung und Erhebung	511
1. Der Steuerschuldner	511
2. Die Haftungsschuld	511
3. Mehrfacher Erwerb desselben Vermögens	512
4. Anmeldung des Erwerbs	513
5. Die Steuerfestsetzung	514
6. Die Rentenbesteuerung	514
7. Die Aussetzung der Versteuerung	514
8. Die Fälligkeit der Erbschaftsteuer	515
9. Erlöschen der Steuer in besonderen Fällen	515
2. Abschnitt: Einkommensteuer	515
I. Die Einkommensteuer des Erblassers	515
1. Ermittlungsgrundsätze	516
2. Veranlagung des Erblassers	516
II. Die Einkommensteuer des Erben	517
1. Allgemeine Grundsätze	517
a) Der Grundsatz der Gesamtrechtsnachfolge	517
b) Der Vermögenserwerb durch die Erben	517
c) Die Einkommensteuerpflicht des Erwerbers von Todes wegen	519
2. Die Einkünfte des Erben	519
a) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	519
b) Einkünfte aus Gewerbebetrieb	519

c) Die Veräußerung einer wesentlichen Beteiligung	523
d) Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit	524
e) Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit	527
f) Einkünfte aus Kapitalvermögen	528
g) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	528
h) Sonstige Einkünfte der Erben	529
aa) Renten	529
bb) Abfindungen	529
cc) Spekulationsgeschäfte	529
3. Sonderausgaben	530
a) Der Verlustvortrag	530
b) Weitere Sonderausgaben	531
4. Steuerbegünstigung der zu eigenen Wohnzwecken genutzten Wohnung im eigenen Haus	531
5. Die außergewöhnliche Belastung	533
6. Der Tarif	533
III. Behandlung von Vermächtnissen und Auflagen	534
1. Grundsätze	534
a) Behandlung beim Erben	534
b) Behandlung beim Vermächtnisnehmer	534
2. Geldvermächtnis	534
3. Sachvermächtnis	535
a) Grundsätze	535
b) Vermächtnis im Bereich des Privatvermögens	535
aa) Behandlung des Erben	535
bb) Behandlung des Vermächtnisnehmers	535
c) Erfüllung eines Vermächtnisses aus dem Betriebsvermögen	536
d) Der Gewerbebetrieb oder eine Beteiligung an einer Personengesellschaft als Gegenstand eines Vermächtnisses ..	536
4. Nießbrauchsvermächtnis	537
a) Grundsätze	537
b) Nießbrauch an der gesamten Erbschaft	537
c) Nießbrauch am Betriebsvermögen	538
aa) Nießbrauch am Einzelunternehmen	538
(1) Grundsätze	538
(2) Unternehmensnießbrauch	538
(3) Zurechnung der Einkünfte	539
(4) AfA-Berechtigung	539
(5) Ertragsnießbrauch am Unternehmen	539
(6) Quotennießbrauch an einem Unternehmen	540

bb) Nießbrauch am Gesellschaftsanteil	540
(1) Nießbraucher als Mitunternehmer	540
(2) Nießbrauch am Gewinnstammrecht	541
d) Nießbrauch am Kapitalvermögen	542
e) Nießbrauch am Grundvermögen	543
aa) Grundsätze	543
bb) Entgeltlicher und unentgeltlicher Nießbrauch	543
cc) Zuwendungsnißbrauch	544
(1) Fremdvermietung	544
(2) Selbstnutzung durch den Nießbraucher	546
(3) AfA-Berechtigung	546
dd) Steuerliche Behandlung des Vorbehaltsnißbrauchs	547
(1) Grundsätze	547
(2) Fremdvermietung	547
(3) Vorbehaltsnißbraucher als AfA-Berechtigter	548
(4) Behandlung des Erwerbers	548
(5) Selbstnutzung durch den Vorbehaltsnißbraucher	549
ee) Vermächtnisnißbrauch	549
ff) Dingliche und obligatorische Nutzungsrechte	549
gg) Nießbraucher als wirtschaftlicher Eigentümer	549
f) Behandlung der Übernahme von Steuerschulden als dauernde Lasten	549
5. Rentenvermächtnis	550
a) Grundsätze	550
b) Rente, dauernde Last	551
c) Unterhaltsrente	553
d) Die private Versorgungsrente	554
e) Die private Veräußerungsrente	555
f) Die betriebliche Veräußerungsrente	555
g) Vermächtnisrenten	557
aa) Behandlung des Rentenvermächtnisses beim Berechtigten	557
bb) Der rentenverpflichtete Erbe oder Vermächtnisnehmer	558
6. Die stille Gesellschaft als Vermächtnis	559
a) Die typische stille Gesellschaft	560
b) Die atypische stille Gesellschaft	560
7. Die Unterbeteiligung	562
a) Die Unterbeteiligung nach Art einer stillen Gesellschaft	562
b) Die mitunternehmerische Unterbeteiligung	563
IV. Die Erbengemeinschaft	564

1. Die Erbengemeinschaft im Steuerrecht	564
2. Die Einkünfte der Erbengemeinschaft	565
V. Die Erbengemeinschaft als Mitunternehmerschaft	567
1. Grundsätzliches	567
2. Die Erbengemeinschaft als Mitunternehmerschaft	568
3. Betriebsvermögen	568
4. Laufende Einkünfte der Erbengemeinschaft	569
5. Einbringung des Betriebes in eine Personengesellschaft	570
6. Verpachtung des Gewerbebetriebes durch die Erben	571
7. Veräußerung und Aufgabe des Gewerbebetriebes durch die Erben	573
VI. Die Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft	574
1. Grundsätzliches	574
2. Die Erbauseinandersetzung im Bereich des Privatvermögens ..	576
a) Grundsätze	576
b) Erwerb der Erbanteile der Miterben durch einen Erben ...	578
c) Ausscheiden der Miterben bis auf einen aus der Erbengemeinschaft	579
d) Realteilung des Nachlasses	579
e) Realteilung mit Spitzenausgleich	581
f) Behandlung von Schuldzinsen aus Darlehen im Zusammenhang mit der Erbauseinandersetzung	582
g) Verrentung von Abfindungsansprüchen im Rahmen einer Auseinandersetzung des Privatvermögens	582
h) Sonstige Rechtsfolgen der privaten Erbauseinandersetzung	583
aa) Gebäude-AfA des Erwerbers	583
bb) Grundförderung im Falle der Erbauseinandersetzung ..	583
i) Gebäude-AfA des Erwerbers	585
j) Grundförderung im Falle der Erbauseinandersetzung	586
k) Wesentliche Beteiligung	587
l) Private Veräußerungsgeschäfte i. S. des § 23 EStG	588
3. Die Auseinandersetzung eines nur aus Betriebsvermögen bestehenden Nachlasses	589
a) Vorbemerkung	589
b) Erwerb der Erbanteile der weichen Miterben durch einen Miterben	589
c) Ausscheiden von Miterben aus einer Erbengemeinschaft gegen Abfindung	590
d) Veräußerung des Betriebes an einen Miterben	591
e) Realteilung des Nachlasses	592
aa) Grundsätze	592

bb) Die Realteilung eines Betriebes	592
cc) Realteilung als Betriebsaufgabe.	593
dd) Realteilung als Betriebsfortführung	593
ee) Strukturwandel durch Realteilung	595
ff) Realteilung mit Spitzenausgleich	595
gg) Realteilung des Nachlasses als Betriebsaufgabe.	596
f) Die Teilauseinandersetzung.	597
4. Auseinandersetzung eines gemischten Nachlasses	598
a) Vorbemerkung	598
b) Veräußerung bzw. Erwerb von Erbanteilen.	598
c) Ausscheiden der übrigen Miterben bis auf einen aus der Erbengemeinschaft.	599
d) Teilung des Nachlasses unter den Erben (Realteilung ohne Spitzenausgleich)	599
e) Schaffung von Privatvermögen im engen zeitlichen Zusammenhang	602
f) Entnahme aus dem Betriebsvermögen zur Nachlaßteilung .	603
g) Behandlung von Nachlaßverbindlichkeiten bei Mischnachlässen, insbesondere Schuldzinsen	603
h) Erbauseinandersetzung unter Zahlung eines Spitzenausgleichs.	604
5. Auseinandersetzung einer freiberuflichen Praxis.	605
a) Grundsätze	605
b) Behandlung der laufenden Einnahmen.	605
c) Erbauseinandersetzung.	606
6. Kreditaufnahme und Begründung anderer Verbindlichkeiten .	606
a) Grundsätze	606
b) Verwaltungsansicht.	606
c) Neue Rechtsprechung	607
d) Schuldzinsen im Zusammenhang mit einer entgeltlichen Erbauseinandersetzung.	608
e) Übernahme von Verbindlichkeiten des Erblassers bzw. Darlehnsaufnahme zur Erfüllung dieser Verpflichtungen	608
f) Abgeltung durch Einräumung von stillen Beteiligungen . .	608
7. Erwerb eines Hofes nach der Höferordnung.	609
VII. Die Testamentsvollstreckung	610
VIII. Interessengemeinschaftsverträge.	611
3. Abschnitt Gewerbesteuer	612

4. Abschnitt: Grunderwerbsteuer	612
I. Der Anwendungsbereich der Grunderwerbsteuer	612
II. Der Erbanfall im Grunderwerbsteuerrecht	612
1. Die Behandlung des Erbanfalls	612
2. Die Erbauseinandersetzung	613
a) Erwerb durch einen Miterben	613
b) Erwerb durch den überlebenden Ehegatten des Erblassers ..	615
c) Erwerb durch Ehegatten des Miterben aus dem Nachlaß ..	615
3. Die Auseinandersetzung im Rahmen einer bereits bestehenden Personengesellschaft	615
a) Der Eintritt der Erben in eine bereits bestehende Personengesellschaft	615
b) Das Ausscheiden des Erblassers aus einer bereits bestehenden oHG	616
c) Die Auflösung der Gesellschaft bei Tod eines Gesellschafters	616
d) Die Auflösung einer zweigliedrigen oHG	617
5. Abschnitt: Umsatzsteuer	618
I. Allgemeiner Überblick	618
II. Die Haftung des Erben für die Umsatzsteuer des Erblassers	618
III. Die umsatzsteuerliche Behandlung von Veräußerungsgeschäften aus dem Nachlaß	619
1. Die Veräußerung aus im Privatvermögen befindlichen Gegenständen	619
2. Der Erwerb eines Unternehmens im Wege der Erbfolge	619
a) Die Unternehmereigenschaft des Miterben	619
b) Die Behandlung der laufenden Umsätze	619
c) Die Liquidation des Unternehmens des Erblassers durch den Erben	620
d) Die Veräußerung des Unternehmens durch den Erben	620
3. Die Erbengemeinschaft als Unternehmer	620
a) Die Unternehmereigenschaft des Miterben	620
b) Die Erbengemeinschaft als Unternehmer	621
IV. Die umsatzsteuerliche Behandlung eines im Nachlaß befindlichen Anteils an einer Personengesellschaft	621
1. Die Auflösung der Gesellschaft mit dem Tode eines Gesellschafters	622
2. Der verstorbene Gesellschafter scheidet mit dem Tode aus. ...	622
3. Die Fortführung der Gesellschaft mit den Erben	622
V. Die Erbauseinandersetzung	622
1. Ausscheiden von Miterben aus der Erbengemeinschaft	623

2. Realteilung.....	623
3. Unentgeltliche Wertabgaben	623
4. Die Übertragung des Unternehmens auf eine mit den Erben gebildete oHG oder KG.....	623
VI. Die Überführung des Unternehmens des Erblassers in eine andere Unternehmensform	624
1. Aufnahme eines Gesellschafters	624
2. Die Umwandlung eines Einzelunternehmens in eine GmbH & Co. KG.....	624
3. Die Umwandlung einer Erbengemeinschaft in eine GmbH & Co. KG.....	624
4. Die Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft	624
VII. Der Vorsteuerabzug.....	625
6. Abschnitt: Abgabenordnung.....	625
I. Haftung des Erben	625
II. Bekanntgabe von Bescheiden.....	626
III. Rechtsbehelfsbefugnis	627
IV. Haftung des Testamentsvollstreckers.....	627
V. Haftung nach § 75 AO.....	627
VI. Das Steuergeheimnis.....	628
VII. Das Bankgeheimnis	628
VIII. Auskünfte und Zusagen des Finanzamtes	628
IX. Berichtigung der Steuerbescheide nach §§ 172ff. AO.....	629
 2. Kapitel: Die gesellschaftsrechtliche Erbfolge	
1. Abschnitt: Erbschaftsteuer.....	631
I. Grundsätze	631
II. Fortsetzung der Gesellschaft beim Tode eines Gesellschafters ...	631
1. Grundsätze	631
2. Der Erwerb durch die verbleibenden Gesellschafter.....	631
3. Erwerb durch die Erben.....	632
4. Sonderbetriebsvermögen	633
III. Einfache Nachfolgeklausel.....	633
1. Grundsätze	633
2. Sonderbetriebsvermögen	634
IV. Erwerb aufgrund einer qualifizierten Nachfolgeklausel.....	634
1. Gesellschaftsanteil.....	634
2. Sonderbetriebsvermögen	634
V. Sonderfall einer Eintrittsklausel	635

2. Abschnitt: Die gesellschaftsrechtliche Auseinandersetzung bei einer Personengesellschaft im Ertragsteuerrecht	636
I. Grundsätze	636
II. Auflösung der Gesellschaft beim Tode eines Gesellschafters	636
1. Die Liquidationsgesellschaft als Mitunternehmerschaft.	637
a) Die Erben als Gesellschafter der Liquidationsgesellschaft.	637
b) Veräußerung des Gewerbebetriebes.	637
c) Beendigung der Gesellschaft durch Liquidation.	638
2. Beendigung der Liquidation durch Fortführung der Gesellschaft mit den übrigen Gesellschaftern.	638
3. Beendigung der Liquidation durch Fortführung der Gesellschaft mit den Erben.	639
III. Die Fortsetzung der Gesellschaft ohne die Erben mit den überlebenden Gesellschaftern	639
1. Grundsätze	639
2. Formen der Abfindung	640
a) Barabfindung	640
b) Ratenzahlung	640
c) Rentenzahlung	640
d) Abfindung durch Einräumung einer stillen Beteiligung.	641
IV. Fortsetzung der Gesellschaft mit den Erben (Nachfolgeklausel)	642
1. Grundsätze	642
2. Nachträgliche Auseinandersetzung	642
a) Entgeltliche Veräußerungen von Anteilen.	642
b) Unentgeltlicher Erwerb.	642
c) Realteilung eines Gesellschaftsanteils.	643
d) Erwerb des Gesellschaftsanteils der Miterben mit Anrechnung auf die Quote und Spitzenausgleich.	644
3. Antrag der Erben auf Einräumung der Kommanditistenstellung	644
4. Steuerliche Wirkung der Kündigung	645
V. Erbeneintritt bei qualifizierter Nachfolgeklausel	645
1. Grundsätze	645
2. Erwerb durch den qualifizierten Erben als unentgeltlicher Erwerb.	646
VI. Teilnachfolgeklausel.	647
VII. Erbeneintritt bei Eintrittsklausel	648
1. Handels- und bürgerlich-rechtliche Betrachtung	648
2. Steuerliche Behandlung des Eintrittsrechts	648
3. Qualifizierte Nachfolgeklausel.	649
VIII. Das Übernahmerecht eines Gesellschafters.	649

IX. Sonderformen der Abfindung	649
1. Abfindung mit Sachwerten	649
2. Abfindung in Form von Rentenvereinbarungen	650
3. Abfindung durch Einräumung einer stillen Beteiligung bzw. Unterbeteiligung	651
X. Behandlung des Sonderbetriebsvermögens	653
1. Grundsätze	653
2. Fortsetzung der Gesellschaft ohne Erben	653
3. Einfache Nachfolgeklausel.	653
4. Qualifizierte Nachfolgeklausel	654
5. Sonderbetriebsvermögen als wesentliche Betriebsgrundlage ...	654
6. Gestaltungsmöglichkeiten zur Verhinderung der Aufdeckung stiller Reserven	654
XI. Einräumung eines Nießbrauchsvermögens.	655
3. Abschnitt: Umsatzsteuer	656
4. Abschnitt: Grunderwerbsteuer	656
 3. Kapitel: Vorweggenommene Erbfolge	
1. Abschnitt: Erbschaftsteuer	657
I. Die Schenkung unter Lebenden	657
1. Begriff der Schenkung	657
2. Die übrigen Tatbestände, die als Schenkung unter Lebenden gelten	660
3. Schenkungen unter Widerrufsvorbehalt.	660
4. Zuwendungen im Rahmen des Gewerbebetriebes	661
5. Ausstattungen	661
6. Schenkung unter Auflage.	661
7. Die gemischte Schenkung	662
II. Die steuerliche Anerkennung von Schenkungen.	665
1. Kettenschenkungen	666
2. Schenkungen mit einer aufschiebend bedingten Verpflichtung.	666
III. Schenkungen unter Lebenden	667
IV. Übertragung von Gegenständen des Privatvermögens	668
1. Grundsätze	668
2. Übertragung eines Grundstücks	669
a) Schenkung des Geldbetrages unter Auflage	669
b) Mittelbare Schenkung eines Grundstücks	670
c) Übernahme eines Teiles des Grundstückskaufpreises.	670
d) Übernahme der Baukosten bei gleichzeitiger Schenkung eines unbebauten Grundstücks	671

e) Übernahme der Baukosten bei Bebauung eines dem Beschenkten bereits gehörenden Grundstücks	671
f) Übernahme von Renovierungskosten	672
3. Übertragung eines Grundstücks unter Übernahme von Verbindlichkeiten	672
4. Übertragung eines Grundstücks gegen Rente bzw. dauernde Last	673
5. Übertragung eines Grundstücks unter Nießbrauchsvorbehalt bzw. Einräumung eines Dauerwohnrechts	673
6. Übertragung von Grundstücken als gemischte Schenkung ...	674
7. Schenkung von Kapitalanteilen	675
a) Schenkung von Anteilen bzw. Teilanteilen an einer GmbH	675
b) Einräumung von Unterbeteiligungen an Kapitalanteilen ...	675
V. Übertragung eines Einzelbetriebes	675
1. Abgrenzung entgeltliche/unentgeltliche Übertragung	675
2. Übertragung eines Betriebes ohne Gegenleistung	676
3. Übertragung eines Betriebes unter Übernahme der Verbindlichkeiten	677
4. Übertragung eines Betriebes mit der Auflage, den Schenker bzw. dessen Ehefrau bis zum Lebensende zu versorgen	677
5. Übertragung eines Betriebes unter der Auflage, Ansprüche Dritter abzufinden	678
6. Betriebsübertragungen unter Nießbrauchsvorbehalt	679
7. Teilentgeltliche Übertragungen	680
a) Begriff	680
b) Veräußerung eines Betriebes unter Buchwert	680
c) Veräußerung eines Betriebes zum Buchwert	681
d) Veräußerung über dem Buchwert	681
VI. Übertragung eines Gesellschaftsanteils	682
1. Begriff	682
2. Anteilsschenkung ohne Buchwertklausel	683
3. Schenkungen mit Buchwertklausel	683
4. Behandlung der Anteilsschenkung bei Ausschluß wesentlicher Gesellschaftsrechte	685
5. Einräumung einer atypischen stillen Beteiligung	686
6. Einräumung einer Unterbeteiligung	686
7. Übertragung von Anteilen gegen Nießbrauchsvorbehalt	687
8. Teilentgeltliche Übertragung eines Gesellschaftsanteils	687
a) Anteilsübertragung unter dem Buchwert	689
b) Übertragung des Anteils zum Buchwert	689
c) Übertragung des Anteils über dem Buchwert	690

d) Ausscheiden aus einer Personengesellschaft als Schenkung .	690
9. Die überhöhte Gewinnbeteiligung	690
VII. Freibetrag im Falle der vorweggenommenen Erbfolge.	692
1. Künftiger Erbe	693
2. Vorweggenommene Erbfolge	693
3. Aufteilung des Freibetrags	694
4. Sperrfrist von 10 Jahren	694
5. Wegfall der Steuerbefreiung bei Veräußerung	695
VIII. Übergang eines Anteils von Todes wegen	696
IX. Adoption	696
2. Abschnitt: Einkommensteuer	697
I. Verfügungen zur Regelung der vorweggenommenen Erbfolge im Bereich des Privatvermögens	697
1. Grundsätze	697
2. Vermögensübergabe im Rahmen der vorweggenommenen Erbfolge	698
a) Grundsätze	698
b) Beteiligte Personen	699
aa) Empfänger des Vermögens	699
bb) Empfänger der Versorgungsleistungen	699
c) Existenzsichernde Wirtschaftseinheiten	699
d) Ausreichend ertragbringende Wirtschaftseinheit.	700
e) Übertragung einer existenzsichernden Einheit ohne aus- reichende Erträge	700
3. Schenkung unter Übernahme von Verbindlichkeiten	701
4. Übertragung von Vermögensgegenständen gegen eine Abstandszahlung.	702
5. Übertragung von Vermögensgegenständen gegen Gleichstellungsgelder an weichende Erben	702
6. Vereinbarungen von Renten und dauernden Lasten im Zusammenhang mit Vermögensübergabeverträgen	703
a) Grundsätze	703
b) Rente als Leistungsaustausch.	703
c) Übertragung von Vermögensgegenständen gegen eine Versorgungsrente	704
d) Übertragung eines Grundstücks gegen eine dauernde Last .	705
e) Die steuerliche Behandlung von Gleichstellungsrenten	706
7. Schenkung mit der Auflage von Leistungen an Dritte	706
8. Schenkung unter Nießbrauchsvorbehalt und Rückbehaltung eines Wohnrechts	708

a) Nutzungsüberlassung als Auflage.	708
b) Schenkung unter Nießbrauchsvorbehalt	708
aa) Behandlung des Nießbrauchers	708
bb) Behandlung des Eigentümers	708
9. Beteiligungsschenkungen unter Nießbrauchsvorbehalt	709
10. Eigenheimzulage bei Grundstücksübertragungen im Wege der vorweggenommenen Erbfolge	709
II. Übertragung eines Gewerbebetriebes auf einen Abkömmling	709
1. Entgeltliche Übertragung	709
a) Abgrenzung	709
b) Übertragung gegen Barpreis	710
c) Übertragung gegen Ratenzahlung	711
d) Übertragung gegen Renten	711
aa) Sofortversteuerung.	712
bb) Zuflußbesteuerung.	712
2. Unentgeltliche Übertragung eines Betriebes	713
a) Behandlung beim Übertragenden	713
b) Behandlung beim Erwerber.	714
3. Schenkung eines Betriebes unter Auflage	714
a) Grundsätze	714
b) Übertragung eines Betriebes gegen eine Versorgungsrente .	714
c) Übertragung eines Betriebes unter Übernahme von Verbindlichkeiten	715
d) Zahlung auf Abstandsleistungen und Gleichstellungsgelder	715
4. Übertragung eines Betriebes unter Nießbrauchsvorbehalt	716
a) Unternehmensnießbrauch	716
b) Ertragsnießbrauch	717
aa) Behandlung beim Eigentümer	717
bb) Behandlung beim Nießbraucher.	718
5. Teilunentgeltliche Übertragung eines Betriebes	718
III. Übertragung von Anteilen an Personengesellschaften	719
1. Grundsätze	719
2. Schenkung eines Bruchteils eines Anteils.	719
3. Schenkung eines Anteils unter Zurückbehaltung von Sonderbetriebsvermögen	719
IV. Übertragung einer freiberuflichen Praxis.	720
1. Vorbemerkungen	720
2. Übertragung der freiberuflichen Einzelpraxis.	720
3. Übertragung eines Anteils an einer freiberuflichen Sozietät ...	721
a) Übertragung des ganzen Anteils.	721

b) Übertragung auf einen Mitgesellschafter	721
c) Übertragung einer Quote des Anteils auf einen künftigen Erben	721
4. Übertragung des ganzen Anteils auf den künftigen Erben.....	722
3. Abschnitt: Grunderwerbsteuer	723
I. Unentgeltliche Grundstücksübertragung.....	723
II. Grundstücksübertragungen an Angehörige und Ehegatten	723
1. Grundstückserwerb durch den Ehegatten des Veräußerers	723
2. Erwerb durch Personen, die mit dem Veräußerer in gerader Linie verwandt sind	723
3. Grundstücksveräußerungen an Eltern	724
4. Grundstücksübertragungen auf Geschwister.....	724
III. Entgeltliche Grundstücksübertragungen	724
1. Schenkung unter Auflage im allgemeinen	724
2. Schenkung unter Übernahme von Hypotheken und sonstigen Lasten	725
3. Grundstücksübertragungen gegen Rente	725
4. Übertragung von Grundstücken unter Nießbrauchsvorbehalt .	725
5. Sonstige gemischte Schenkungen	726
6. Bemessungsgrundlage.....	726
IV. Beteiligung von Angehörigen an einer Personengesellschaft	726
1. Eintritt in eine bereits bestehende Personengesellschaft.....	726
2. Eintritt eines Gesellschafters in ein bisheriges Einzelunternehmen.....	727
V. Grunderwerbsteuer bei Einbringung eines Grundstücks in eine GmbH & Co. KG	727
VI. Beteiligung von Angehörigen an einer GmbH	727
4. Abschnitt: Umsatzsteuer	728
I. Grundsätze	728
II. Unentgeltliche Übertragung eines Betriebes	728
III. Schenkung unter Übernahme von Verbindlichkeiten.....	729
IV. Schenkung unter Auflage.....	729
V. Gemischte Schenkung	729
 4. Kapitel: Gründung und Umwandlung von Familiengesellschaften	
1. Abschnitt: Familienpersonengesellschaft	731
I. Ertragsteuer der Personengesellschaften	731
1. Grundsätze	731
2. Nichtanerkennung der vertraglichen Beziehungen überhaupt. .	732
a) Allgemeines	732

b) Bürgerlich-rechtliche Wirksamkeit des Vertrages	733
c) Ernsthaftigkeit der Vereinbarung	734
d) Tatsächliche Durchführung des Gesellschaftsverhältnisses .	735
aa) Gesellschafterkonten	735
bb) Verwaltung des Anteils als Fremdvermögen	735
cc) Kündigungsrecht der Gesellschafter	736
dd) Entnahmen	737
e) Vertragsabschluß zu Bedingungen wie unter Dritten	737
f) Konsequenzen aus der Nichtanerkennung des Gesellschaftsverhältnisses	738
3. Die steuerliche Anerkennung der Mitunternehmerschaft	738
a) Voraussetzungen der Mitunternehmerschaft	739
b) Mitwirkung	739
c) Stimmrecht	740
d) Leistung der Einlage aus künftigen Gewinnanteilen	741
e) Buchwertklausel	741
f) Steuerliche Konsequenzen aus der Nichtanerkennung der Mitunternehmerschaft	742
4. Angemessenheit der Gewinnbeteiligung und die Mitunternehmerschaft	742
a) Kapitaleinsatz	743
b) Risiko	744
c) Arbeitseinsatz	744
d) Angemessenheit der Gewinnbeteiligung bei geschenkten Beteiligungen	744
5. Sonstige Entgelte	746
6. Schlußbetrachtung	747
II. Ertragsteuerliche Begünstigung und Steuerbefreiung aufgrund des Umwandlungssteuergesetzes	747
1. Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft	747
a) Behandlung der übertragenden GmbH	748
b) Behandlung bei der übernehmenden Personengesellschaft .	748
c) Besonderheiten bei Nichtzugehörigkeit der Anteile zum Gesellschaftsvermögen der übernehmenden Personengesellschaft	749
d) Vermögensübertragung auf eine Personengesellschaft ohne Betriebsvermögen	750
e) Übernahmeverlust	751
f) Ermittlung des Gewinns bei Anteilen nicht wesentlich Beteiligter	751

2. Einbringung eines Einzelunternehmens in eine Personengesellschaft.	752
3. Die Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter von einem Betriebsvermögen in eine Personengesellschaft.	756
III. Gewerbesteuer bei Umwandlung	757
IV. Erbschaftsteuer	757
1. Einbringung des Einzelunternehmens in eine Personengesellschaft.	757
2. Schenkung einer überhöhten Gewinnbeteiligung	758
3. Schenkung mit Buchwertklausel	759
4. Gemischte Schenkungen	759
V. Grunderwerbsteuer	759
VI. Umsatzsteuer.	760
2. Abschnitt: GmbH & Co. KG	760
I. Ertragsteuerliche Behandlung der GmbH & Co. KG	760
1. Allgemeines	760
2. Arten der GmbH & Co. KG	761
3. Die Mitunternehmerschaft bei der GmbH & Co. KG	761
a) Mitunternehmerschaft der GmbH	761
b) Mitunternehmerschaft der Kommanditisten	762
c) Erweiterung des Kreises der Mitunternehmer	762
4. Beitragspflichten der Gesellschafter	763
a) Beitragspflicht der GmbH	763
b) Beitragspflicht der Kommanditisten	763
5. Betriebsvermögen der GmbH & Co. KG	763
a) Gesamthandsvermögen	763
b) Betriebsvermögen der GmbH	763
c) Sonderbetriebsvermögen der Kommanditisten	764
6. Gewinnverteilung bei der GmbH & Co. KG	764
a) Grundsätze	764
b) Gewinnbeteiligung der GmbH	764
aa) Beteiligung der GmbH am Gesellschaftsvermögen	764
bb) Vergütung der GmbH bei nicht vermögensmäßiger Beteiligung	765
cc) Verzicht auf Teilnahme an einer Kapitalerhöhung	765
dd) Änderung der Gewinnverteilung zuungunsten der GmbH.	766
ee) Die Behandlung der Differenz zur angemessenen Gewinnbeteiligung als verdeckte Gewinn- ausschüttung an die Gesellschafter	766

c) Besonderheiten bei Beteiligung von Familienangehörigen als Kommanditisten	767
7. Gewinn der GmbH & Co. KG, gesonderte Gewinnfeststellung bei der GmbH & Co. KG	767
a) Gewinn der Personengesellschaft	767
b) Sondervergütungen	768
aa) Auslagenersatz der GmbH durch die KG	768
bb) Geschäftsführergehalt	768
c) Gewinnausschüttung der Komplementär-GmbH	769
d) Erträge des sonstigen Sonderbetriebsvermögens.	769
e) Sonderbetriebsausgaben.	769
8. Die Gewinnverteilung bei der GmbH & Co. KG	770
II. Die Einbringung eines Betriebes in eine GmbH & Co. KG	770
1. Einführung	770
2. Einbringung eines Einzelunternehmens in eine GmbH & Co. KG	771
3. Eintritt einer GmbH in eine bereits bestehende Personengesellschaft.	771
III. Gewerbesteuer der GmbH & Co. KG.	772
1. Die GmbH & Co. KG als Gewerbebetrieb.	772
2. Unternehmenseinheit, Organschaft	772
3. Gewerbeertrag	772
4. Gewerbesteuerpflicht der Komplementär-GmbH	773
5. Vorteile der GmbH & Co. KG bei der Gewerbesteuer	773
IV. Erbschaft- und Schenkungsteuer	773
V. Grunderwerbsteuer	773
3. Abschnitt: Betriebsaufspaltung.	774
I. Die Betriebsaufspaltung im Einkommensteuerrecht	774
1. Grundsätzliches	774
2. Begriff der Betriebsaufspaltung.	774
3. Voraussetzungen einer Betriebsaufspaltung	775
a) Personelle Verflechtung.	775
b) Wesentliche Grundlagen	776
4. Einkommensteuerrechtliche Behandlung der Übertragung von Betriebsvermögen auf die Betriebs-GmbH	777
5. Steuerliche Behandlung der Betriebs-GmbH	777
6. Anteile der Gesellschafter an der Betriebs-GmbH als not- wendiges Betriebsvermögen der Besitzgesellschaft.	779
II. Begründung einer Betriebsaufspaltung	780
III. Die mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	781

1. Allgemeines	781
2. Einbringung von Sonderbetriebsvermögen in eine Personen- gesellschaft unter den Voraussetzungen einer Betriebs- aufspaltung	781
3. Übertragung des Sonderbetriebsvermögens auf eine gewerblich geprägte Personengesellschaft	782
IV. Beendigung der Betriebsaufspaltung	782
V. Die Gewerbesteuer bei der Betriebsaufspaltung	783
VI. Schlußbetrachtung	784
4. Abschnitt: GmbH	784
I. Vorbemerkungen	784
II. Körperschaftsteuer der GmbH	785
1. Gegenstand der Körperschaftsteuer	785
2. Das körperschaftsteuerliche Einkommen	785
a) Tarifbelastung	785
b) Steuerfreiheit für Beteiligungserträge	786
c) Das Einlagekonto	786
d) Umwandlung von Rücklagen in Nennkapital	787
e) Übergangsregelung des Steueranrechnungsguthabens	787
3. Besteuerung der Gesellschafter	787
a) Gewinnausschüttungen	787
b) Werbungskosten	787
c) Progressionsvorbehalt	788
d) Einheitliche Kapitalertragsteuer	788
e) Veräußerungen von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	788
aa) Herabsetzung der Mindestbeteiligungsgrenze i. S. des § 17 EStG	788
bb) Halbeinkünfteverfahren auch für Veräußerungsgewinne	788
4. Anerkennung von Verträgen der Gesellschaft mit ihren Gesellschaftern	788
5. Behandlung von Entnahmen aus dem Betriebsvermögen	789
6. Gewinnverteilungsbeschlüsse	789
III. Stille Beteiligung an einer GmbH	790
1. Typische stille Beteiligung	790
2. Atypische stille Beteiligung	791
a) Voraussetzungen	791
b) Einheitliche Gewinnermittlung	792
c) Betriebsvermögen	792
d) Geschäftsführergehalt und Pensionszusage	793
e) Gewinnverteilung	793

IV. Unterbeteiligung	793
V. Einbringung eines Betriebes eines Einzelkaufmanns, einer Personengesellschaft usw. in eine Kapitalgesellschaft	794
1. Voraussetzungen	794
2. Umwandlungsbilanz und Umwandlungszeitpunkt	795
3. Bilanzierung bei der übernehmenden GmbH	796
4. Behandlung der Umwandlung bei den Einbringenden	796
VI. Gewerbesteuer	797
5. Abschnitt: Stiftung	797
I. Grundsätze	797
II. Körperschaftsteuer der Stiftung	798
1. Körperschaftsteuerpflicht der Stiftung	798
2. Betriebsausgaben	798
a) Leistungen aufgrund des Stiftungszweckes	798
b) Sonstige Betriebsausgaben	799
3. Gewinn der Stiftung	799
a) Die Organschaft	799
b) Der Steuertarif	799
c) Die verdeckte Gewinnausschüttung	800
4. Die gemeinnützige Stiftung	800
5. Schlußbetrachtung	800
III. Einkommen der Gesellschafter	801
IV. Erbschaftsteuer	801
6. Abschnitt: Stiftung & Co. KG	801
I. Erbschaftsteuer	801
1. Errichtung der Komplementärstiftung	801
2. Schenkung der Anteile an der Personengesellschaft	801
3. Nachstiftungen	802
4. Erbersatzsteuer	802
II. Einkommensteuer	802
1. Die Stiftung & Co. KG als Mitunternehmerschaft	802
2. Gewinnermittlung der Stiftung & Co. KG	802
3. Einkommen der Gesellschafter	802
a) Gewinnanteil der Komplementärstiftung	802
b) Gewinnanteile der Kommanditisten	803
III. Einkommensteuer des Stifters bei Gründung	803
1. Unentgeltliche Betriebsübertragung	803
2. Übertragung eines Einzelbetriebes auf eine Stiftung & Co. KG	803

Inhaltsverzeichnis

3. Eintritt einer Stiftung in eine bereits vorhandene Personengesellschaft	803
4. Übertragung einer GmbH auf eine Stiftung & Co. KG	803
IV. Gewerbesteuer	804
V. Grunderwerbsteuer	804
VI. Die steuerlichen Vorteile der Stiftung & Co. KG gegenüber der GmbH & Co. KG	804
Literaturverzeichnis	805
Sachregister	813